

THORSTEN GLAUBER

Für Sie im Landtag

Liebe Leserinnen und Lesern,

wussten Sie, dass Bayern jeden dritten Euro in Bildung investiert? Das ist gut so, denn so haben wir vor wenigen Wochen in der Bayernkoalition durchsetzen können, dass die Besoldungsstufe A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer in Bayern kommt. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter und wollen dies auch Pädagogen an Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen. Außerdem hat uns die Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beschäftigt. Sie glänzte mit beeindruckend guten Zahlen. Neugierig geworden? Dann gerne weiterlesen.

Zum Abschluss möchte ich Sie herzlich zur Veranstaltung "Fraktion vor Ort" am 24.06.2023 in Ebermannstadt einladen. Gemeinsam mit Wojciech Grabietz spreche ich über die immense Bedeutung von Sport und Ehrenamt.

Viel Freude beim Lesen.



IN DIESEM NEWSLETTER

**VERANSTALTUNG FRAKTION
VOR ORT**

**WIR UNTERSTÜTZEN DEN
APOTHEKER-PROTEST**

**REGIERUNGSERKLÄRUNG
HUBERT AIWANGER**

**BAUFÖRDERUNG DER
BUNDESREGIERUNG**

Ich lade Sie herzlich ein



FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

**FRAKTION
VOR ORT**

Wir laden Sie herzlich ein!

**Ja zu ~~⊗~~ Sport und
~~⊗~~ Ehrenamt**

Thorsten Glauber, MdL

Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Referent: Wojciech **Grabietz**, Musikschulleiter

**Samstag, 24. Juni 2023,
11:30 Uhr**

Ebermannstadt

TSV Sportgaststätte, Sportplatzstraße 4



Gegen Bürokratie und Retaxierungen durch Krankenkassen: Wir unterstützen Apotheker-Protest!

Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion gilt es, unausgelegene Reformbestrebungen auf Bundesebene zu verhindern – deshalb haben wir den zentralen Protesttag der Apothekerinnen und Apotheker vergangenen Mittwoch gerne unterstützt. Apotheken benötigen die nötige Flexibilität, um ihre Aufgaben erfüllen zu können und die Menschen in Bayern mit Arzneimitteln zu versorgen. Eine weitere wichtige Aufgabe von Apotheken ist die Beratung von Patientinnen und Patienten. Die Bundesregierung muss daher Maßnahmen gegen zunehmende Bürokratie im Apothekerwesen ergreifen. So erfolgen durch die Krankenkassen derzeit regelmäßig sogenannte Retaxierungen – das heißt: Zuschläge oder Erstattungen für bereits abgegebene Arzneimittel werden verweigert. Diese Maßnahmen haben einen äußerst negativen Einfluss auf den gesamten Apothekerbetrieb. Insofern ist es dringend erforderlich, derartige Regresse auf das absolut notwendige Maß zurückzuführen. Bloße Formalien dürfen kein Grund dafür sein. Noch mehr Infos gibt's [HIER](#).

Regierungserklärung „Wohlstand sichern durch eine starke Wirtschaft“: Wir sind stolz auf Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Staatssekretär Roland Weigert



Denn gerade die vergangenen fünf Jahre waren für die bayerische Wirtschaft eine große Herausforderung: Die Bewältigung der Corona-Krise sowie der russische Angriff auf die Ukraine und dessen Folgen haben uns allen viel abgefordert. Dennoch steht der Freistaat heute besser da denn je: Wäre Bayern ein eigener Staat, so läge er mit einem Bruttoinlandsprodukt von knapp 720 Milliarden Euro auf Platz 23 in der

Welt – noch vor Taiwan, Polen, Schweden und Belgien! Das spiegelt auch unser sehr robuster Arbeitsmarkt wider: Mit 3,1 Prozent im Jahresschnitt 2022 hat Bayern die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Der Mittelstand boomt, sodass das Wirtschaftsministerium heuer 5.000 Handwerksbetriebe mehr zählt als vor der Corona-Krise. Auch der Tourismus hat einen rasanten Neustart hingelegt – mit mehr als 92 Millionen Übernachtungen lagen wir bereits vergangenes Jahr über Vor-Corona-Niveau. Heute können wir sagen: Die Bayerische Wirtschaft hat die Pandemie gut überstanden. Die Folgen des Krieges gegen die Ukraine und damit verbunden explodierenden Energiepreisen hat ein Großteil der Unternehmen ebenfalls gut gemeistert. Unser besonderer Dank gilt daher IHK Oberbayern, Handwerkskammer, Verband der Bayerischen Wirtschaft sowie den vielen Fachleuten im Bayerischen Wirtschaftsministerium. Sie alle haben unter Federführung des Wirtschaftsministers und dessen Staatssekretär mitgeholfen, ein solches Wachstum zu ermöglichen. Hubert und Roland – wir danken Euch für diese starke Leistung! [HIER](#) mehr.

Neue Regelung für Verpackungen: Wir wollen das bewährte deutsche Mehrwegsystem erhalten – die EU nicht!



Die EU will mit der Europäischen Verpackungsordnung PPWR neue Regeln für Verpackungen einführen – und die haben es in sich: Demnach dürfen Verpackungen ab 2030 nicht mehr in Verkehr gebracht werden, wenn sie ein Mindestmaß an Recyclingfähigkeit unterschreiten. Gewicht, Volumen und Leerraum sollen auf ein Minimum reduziert werden. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion befürchtet, dass das PPWR das sehr gut etablierte

deutsche Mehrwegverpackungssystem behindern könnte – und setzt sich deshalb heute mittels Dringlichkeitsantrag für den uneingeschränkten Erhalt des erfolgreichen deutschen Systems ein. Hier gibt es MEHR.

Bauförderung der Bundesregierung: FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Nachbesserung bei KfW-Programmen

Die Bundesregierung stellt ihre Bauförderung neu auf: Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat sie die Fördermaßnahmen „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ sowie „Wohneigentum für Familien“ aufgelegt. Das ist gut gemeint, funktioniert so im Freistaat aber nicht. Angesichts des in weiten Teilen Bayerns im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlichen Preisniveaus für den Neubau von Wohnraum sowie der in jüngster Zeit massiv gestiegenen Baupreise sind die Förderbedingungen der genannten Programme hier nicht ausreichend. Mittels Dringlichkeitsantrag im Plenum fordern wir eine entsprechende Nachbesserung der KfW-Programme. Insbesondere die maximal geförderten Kreditbeträge sind zu gering und die Einkommensgrenzen im KfW-Programm „Wohneigentum für Familien“ zu niedrig. Angesichts des Wohnraummangels muss der sich abzeichnende Einbruch der Neubautätigkeit im Wohnungsbereich dringend abgewendet oder zumindest abgefedert werden – gerade in Bayerns Ballungsgebieten. Hier lesen Sie [MEHR](#).

Gebäudeenergiegesetz: FREIE WÄHLER-Fraktion kritisiert Pläne der Berliner Ampelregierung

Gebäudeenergiegesetz:
Pläne der Berliner
Ampelregierung sind
mehr als ungerecht!



**FREIE WÄHLER**
LANDTAGSFRAKTION

Die Bundesregierung will die geplanten Vorschriften für den Einbau neuer Heizungen im Entwurf des Heizungsgesetzes zugunsten des Ausbaus der Fernwärmenetze lockern: Wer sein Haus ans Fernwärmenetz anschließen kann, soll von der Pflicht zum Einbau einer umweltschonenden Heizung befreit werden. In Bayern gibt es mehr als 2.000 Gemeinden mit unterschiedlichsten Lebensbedingungen und infrastrukturellen Einrichtungen. Fernwärme ist nicht in allen Gemeinden verfügbar und aus deren Sicht aktuell nicht überall gleichermaßen wirtschaftlich sinnvoll. Daher halten wir das beabsichtigte Vorgehen der Berliner Ampelregierung für mehr als ungerecht. Mittels Antrag fordern wir eine Unterstützung des Ausbaus

von Fernwärmeinfrastrukturen aus Bundesmitteln anstelle des aktuell intensiv diskutierten Heizungsgesetzes. Was in dem Dokument noch drin steht, lesen Sie [HIER](#).